



PRISMA

Fabian Virchow

METAPOLITISCHE ZUSPITZUNG UND DER ‚DRUCK DER STRASSE‘

**Zur Entwicklung der metapolitischen
extremen Rechten seit der Krise des
Migrationsregimes 2014/15**

Expertise #4

PRISMA

Herausgeber*innen

Fabian Kaufmann/Lena Sierts
CJD Hamburg
Glockengießerwall 3
20095 Hamburg

Erscheinungsjahr

2022

Drucknummer des CJD

CJD-22-11-1503-5

Lektorat

Fabian de Hair

Gestaltung/Satz

Tim Schacht, www.betadock.de

Urheberrechtliche Hinweise

Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird kostenlos zur Verfügung gestellt. Das Urheberrecht bleibt beim CJD Hamburg. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung gestattet. Zusätzlich muss die Quelle korrekt angegeben werden.

Haftungsausschluss

Die Hinweise in dieser Publikation wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Diese Handreichung ersetzt keine individuelle (juristische) Beratung. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen wird keine Gewähr übernommen.

Stand der Recherchen und Texte:

November 2022

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA und der Sozialbehörde Hamburg dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Herausgeber*innen sowie die Autor*innen die Verantwortung.



Das CJD ist eines der größten Bildungs- und Sozialunternehmen in Deutschland. Es bietet jährlich über 150.000 jungen und erwachsenen Menschen Orientierung und Zukunftschancen. Sie werden von 10.600 hauptamtlichen und vielen ehrenamtlichen Mitarbeitenden an 388 Standorten gefördert, begleitet und ausgebildet. Grundlage ist das christliche Menschenbild mit der Vision „Keiner darf verloren gehen!“.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert durch



Hamburg | Sozialbehörde

INHALT

Einleitung	4
Metapolitische Zuspitzung und der ‚Druck der Straße‘	6
Quellen und Literatur	20
Über Prisma	24
Signal geben!	26
Anlaufstellen gegen Rechts in Hamburg und im Norden	27

EINLEITUNG

Für uns als Modellprojekt ist es wichtig, einen möglichst analytisch genauen Blick für das zu entwickeln, was wir als pädagogisches Interventionsfeld abgesteckt haben. Für uns ist klar, dass eine passgenaue bildungspolitische Intervention auch immer ein wissenschaftliches Fundament braucht. Zu Hochzeiten der Corona-Pandemie sind manche Themenfelder nur grob behandelt worden, mit dieser Expertise schließen wir an den Vorgängerexpertisen (<https://prisma.online/material/> und <http://dekonstrukt.org/materialien>) an. Prof. Dr. Fabian Virchow analysiert die Beteiligung und das Aufgreifen von gesellschaftlich relevanten Themen wie Migration, Antifeminismus, die Covid-19-Pandemie, Klimawandel und Krieg durch die (extreme) Rechte und die damit verbundenen Strategien dahinter. Für uns ergibt sich daraus u. a. die Möglichkeit, rechte „Metapolitik“ zügig zu erkennen und demokratische Antworten darauf zu entwickeln.

DAS MODELL- PROJEKT PRISMA

Mit Methoden der Medienpädagogik und der politischen Bildungsarbeit werden innerhalb einer fünfjährigen Projektlaufzeit über webbasierte Zugänge und Anspruchsmöglichkeiten im Feld der *Neuen Rechten* entwickelt und erprobt. Ziel des sekundär/tertiär-präventiven Modellprojektes ist das Anstoßen eines ideologischen Distanzierungsprozesses von Symphatisant*innen und Akteur*innen, die sich selbst als *neurechts* bezeichnen oder die durch ihr Verhalten eine Affinität zur *Neuen Rechten* deutlich werden lassen.

Das pädagogische Konzept ist dabei nicht defizitorientiert, sondern greift die (angestrebte) habituelle Inszenierung des Adressat*innenkreises auf. Dabei werden demokratische Erklärungsansätze und nicht-rechte Narrative genutzt, um deren ideologische Inhalte aufzubrechen. Darüber hinaus ist das Projekt ansprechbar für Multiplikator*innen, die mit diesem Phänomen in Berührung kommen, und es wird Handwerkszeug für die pädagogische Praxis entwickelt.

Team Prisma

Hamburg, November 2022

METAPOLITISCHE ZUSPITZUNG UND DER ‚DRUCK DER STRASSE‘

**Zur Entwicklung der metapolitischen
extremen Rechten seit der Krise des
Migrationsregimes 2014/15**

FABIAN VIRCHOW

Fabian Virchow ist Soziologe und Politikwissenschaftler; seit 2010 ist er an der Hochschule Düsseldorf Professor für Theorien der Gesellschaft und Theorien politischen Handelns. Er forscht und publiziert zu Protest und sozialen Bewegungen sowie zu Geschichte, Weltanschauung und Praxis der populistischen/extremen Rechten. In 2023 erscheint die vollständig neu konzipierte Auflage des Handbuch Rechtsextremismus (hrsg. mit Cordelia Hess, Anke Hoffstadt, Alexander Häusler) sowie der Band Rechtsterrorismus in der alten Bundesrepublik. Historische und sozialwissenschaftliche Perspektiven (hrsg. mit Hendrik Puls).

Insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern wurden seit dem Spätsommer 2022 zahlreiche öffentliche Versammlungen durchgeführt, in deren Rahmen sich eine umfassende Ablehnung der Regierungspolitik artikuliert. Ob die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie, Maßnahmen zur Begrenzung der Klima-Krise oder die Sanktionspolitik gegenüber Russland – all dies trifft auf scharfe Zurückweisung. Vielfach zeigt sich auch die Forderung, nun müsse die 1989/90 begonnene Revolution vollendet werden. Aufrufe zur Zerstörung der bestehenden demokratischen Grundlagen und der Delegitimierung staatlicher Instanzen werden in einer Situation der vielfachen Krisen nicht zuletzt von Akteur*innen der extremen Rechten offensiv formuliert. Diese ist an vielen Orten an den Protesten erkennbar und zum Teil substantiell beteiligt.

Seit 2010 hat sich die Konstellation extrem rechter Akteur*innen deutlich verändert. Hierzu haben – nach dem rassistischen Bestseller Thilo Sarrazins (2010; kritisch Haller & Niggeschmidt 2012) – insbesondere der Aufstieg und die parlamentarische und gesellschaftliche Etablierung der *Alternative für Deutschland* (AfD), aber auch das Auftreten neuer Protagonist*innen rechts von der CDU/CSU beigetragen (Virchow 2022). Zu nennen sind hier die eingangs der 2010er Jahre gegründeten neonazistischen Parteiprojekte *Die Rechte* und *Der III. Weg*, vor allem jedoch Gruppen wie die *Identitäre Bewegung* (Virchow 2015; Goetz et al. 2017) oder *PEGIDA* mit zahlreichen Folgeaktivitäten quer durch die Republik und Publikationsprojekte, wie *Compact*, *Zuerst!* und *CATO*, mit je spezifischen Zielgruppen.

Ob es in der Bundesrepublik Deutschland eine *Neue Rechte* als originäre Strömung gibt und durch welche Merkmale sie ggfs. zu charakterisieren wäre, ist in der Forschung umstritten (vgl. Langebach/Raabe 2016). Während Armin Pfahl-Traughber (2022: 18f.) anhand der Merkmale Ideologie, Organisation und Strategie jene Akteur*innen zur *Neuen Rechten* zählt, die gegenwärtig Anhänger der *Konservativen Revolution* der Weimarer Republik seien, sich vor allem publizistisch als Intellektuelle betätigen würden und sich dem ‚Kampf um die Köpfe‘ widmeten. Volkmar Wölk (2020: 179) betont hingegen in seiner ideengeschichtlichen Rekonstruktion, dass es sich bei der *Neuen Rechten* im Grunde um den ‚alten Faschismus in neuen Schläuchen‘ handele. Ich sehe die Spezifik weniger in historischen Bezügen – auch die NPD referiert umfangreich auf Schriften

der *Konservativen Revolution* – oder den changierenden Selbstverortungen der jeweiligen Akteur*innen, ggfs. jedoch in einem auf metapolitische Intervention zielenden Auftreten. Daher verwende ich für in diesem Beitrag behandelte Akteur*innen die Bezeichnung der metapolitischen extremen Rechten.

Der Metapolitik von rechts geht es darum, Kultur und Sprache mit rechten Denkfiguren und Ideologemen zu durchdringen, um dadurch die Voraussetzungen zur Durchsetzung einer institutionell und politisch grundlegend veränderten sozialen Ordnung zu schaffen. Martin Sellner (2017: 99), das öffentliche Gesicht der deutschsprachigen *Identitären Bewegung* (IB), formulierte in einem programmatischen Dokument entsprechend: „Das Ziel ist die Eroberung der Machtmittel der kulturellen Hegemonie, welche die herrschenden Ideen und Begriffe erzeugen, also der Massenmedien, der Kunst, der Kultur und des öffentlichen Lebens.“ Damit geht es der metapolitischen Intervention um ein *Agenda Setting*, also das Setzen bestimmter Themen, und um das *Framing*, also die Vermittlung spezifischer Deutungsangebote bezüglich der jeweils aufgerufenen politischen Fragen. Thor von Waldstein, der auf ein langes Leben in der extremen Rechten zurückblicken kann, markiert in seiner Publikation zur Metapolitik deren zentrale Dimensionen: ‚Mut zur Setzung eigener Themen‘ – ‚Kampf um die Sprache‘ – ‚Kampf um die Köpfe‘ – ‚Mut zur Provokation‘ sowie ‚Ende der Distanzeritis‘ (Waldstein 2015).¹ Der metapolitischen extremen Rechten geht es nicht um Massenorganisationen, sondern um Schulung, elitäre Organisation, Avantgarde und öffentliche Aufmerksamkeit und Diskursverschiebung. In diesem Sinne gilt in den folgenden Ausführungen die Aufmerksamkeit insbesondere dem *Compact*-Magazin (Schilk 2017; Andrae 2022; Schilk & Gegenfurtner 2022), dem *Institut für Staatspolitik* sowie der *Identitären Bewegung*.

1 ‚Distanzeritis‘ verweist auf eine immer wieder in der extremen Rechten geführten Debatte, dass die ‚rechte Einheit‘ und damit deren politischer Einfluss geschwächt werde, wenn man den Aufforderungen, sich von den radikaleren Akteur*innen in den eigenen Reihen abzugrenzen, nachkomme.

In den folgenden Abschnitten werden zentrale Interventionen und strategische Überlegungen dieser Akteur*innen aufgezeigt und dabei exemplarisch vorgestellt, welche gesellschaftlichen Entwicklungen, politischen Krisen oder soziale Verwerfungen ihnen als politisch ausbeutbar gelten.

Migration und ‚Great Replacement‘

Einwanderung und Fluchtbewegungen nach Europa sind für die extreme Rechte seit Jahrzehnten das zentrale Thema. Die Mitte der 2010er Jahre stark angestiegene Zahl von Schutzsuchenden hat daher bei Rassist*innen nicht nur zu apokalyptischen Vorstellungen geführt, sondern angesichts der Vielzahl der gegen Geflüchtete gerichteten Proteste und Gewaltaktionen auch zu einer optimistischen Bewertung; ihr zufolge sei mit einer entsprechenden Thematisierung dieser Entwicklungen, das Vertrauen der Bevölkerung in das politische System und das ‚Parteienkartell‘ nachhaltig zu erschüttern. Entsprechend gab es bereits in den Jahren 2014–2016 im Rahmen von Straßenprotesten zahlreiche Versuche, sich den Auflagen zu widersetzen oder gar gewaltsam gegen die Polizei vorzugehen. Ein signifikantes Merkmal der damaligen Proteste war zudem, dass auch die erkennbare Anwesenheit extrem rechter Aktivist*innen kein Grund war, den Versammlungen fernzubleiben.

Inzwischen sind die seit langem von der extremen Rechten verwendeten Schlagworte von der ‚Umvolkung‘ (Kellershohn 2019) bzw. vom ‚Volkstod‘ (Botsch/Kopke 2019) durch die Erzählung vom ‚Großen Austausch‘ ersetzt worden. Diese geht auf eine Veröffentlichung des französischen Autors Renaud Camus (2011) zurück, deren Verbreitung in deutscher Übersetzung maßgeblich durch Vertreter*innen der metapolitischen extremen Rechten vorangetrieben wurde. Darin wird behauptet, die gesellschaftlichen und politischen Eliten hätten sich verabredet, durch eine systematisch geförderte Einwanderungspolitik (insbesondere aus mehrheitlich muslimischen Ländern) und durch eine Senkung der Geburtenrate ‚weißer Europäer*innen‘, einen weitreichenden demographischen und kulturellen Bevölkerungsaustausch zu organisieren. Diese Verschwörungserzählung mit ihrer antimuslimischen und antisemitischen

Grundstruktur (Bracke & Aguilar 2020) wird derweil von der extremen Rechten weltweit reproduziert und findet teilweise auch Eingang in den Mainstream-Diskurs (Ekman 2022).

Zwar wurden Themen wie Flucht und Migration durch die Covid-19-Pandemie seit Anfang 2020 etwas in den Hintergrund gedrängt, allerdings bleiben sie auf der Agenda der extremen Rechten (Goetz 2021). Auf der Internetseite der *Sezession*, der Zeitschrift des *Instituts für Staatspolitik* (IfS), reproduzierte Autor Dirk Alt (2021) die eben genannte Erzählung der „von den Eliten planmäßig betriebene Ersetzungsmigration“ und forderte dazu auf, in den eigenen Stellungnahmen zu popularisieren, dass „jede gegen diesen Prozeß und die dafür Verantwortlichen gerichtete Äußerung oder Aktion, wenn schon nicht ihrer Methode, so doch ihrer Intention nach berechtigt“ sei. Dies gelte auch für „eliminatorische Äußerungen“, also Tötungsrhetorik, die man als „Akte der Gegenwehr“ darstellen müsse. Zahlreiche rassistische Täter*innen legitimieren ihre Gewalt als Akt der Notwehr gegen eine als dystopisch wahrgenommene Entwicklung. Diese liest sich bei Sellner wie folgt: Es gebe einen ‚Point of no Return‘: „Es ist der demographische Augenblick, in der eine metapolitische Strategie zum Erhalt der ethnokulturellen Identität unmöglich geworden ist, da eine Mehrheit für eine andere Bevölkerungspolitik aufgrund des Bevölkerungsaustauschs nicht mehr herstellbar ist.“ (Sellner 2021a) Den Eintritt dieser Lage prognostiziert Seller auf das Jahr 2045: „Geht die Entwicklung weiter wie bisher dürfen wir um das Jahr 2045 mit dem definitiven Ende der deutschen Demokratie durch ethnokulturellen Substanzverlust rechnen. Parteien werden ab dann immer deutlicher als Vertreter ethnoreligiöser Interessengruppen hervortreten und in einem retribalisierten Vielvölkerstaat um ihren Anteil an Macht und Wohlstand ringen“ (ebd.).

Auch die zum Netzwerk der metapolitischen extremen Rechten zählende Gruppe *EinProzent* – 2015 mit Unterstützung von Götz Kubitschek (IfS), Jürgen Elsässer (*Compact*) sowie Hans-Thomas Tillschneider (AfD Sachsen-Anhalt) ins Leben gerufen – hat auf ihrem Blog in jüngster Zeit darauf gedrängt, die Themen Migration und Flucht wieder stärker zu besetzen. Bereits Anfang 2022 fanden sich auf dem Blog Einträge wie diese: „Migration ist und bleibt die Schicksalsfrage Europas“ (o.V. 2022/13.01.2022), gefolgt von der Aufforderung an die

eigenen Reihen, sich stärker auf diese Themen zu konzentrieren: „Wir müssen das Thema Migration wieder in den Fokus rücken. Viele alternative Medien vergessen im Tagesgeschäft, wie entscheidend die Massmigration unser Leben bereits jetzt bestimmt und das Leben unserer Kinder bestimmen wird“ (04.07.2022). Dabei wird auch die Aufnahme von Menschen, die vor der Kriegsgewalt aus der Ukraine flüchten, zum Problem erklärt (19.07.2022).

Antifeminismus und Queerfeindlichkeit

Zu den zentralen Agitationsthemen der extremen Rechten gehört auch der politische Angriff auf feministische und queere Positionen, Strukturen und Akteur*innen (Sigl et al. 2021). Die metapolitischen Akteur*innen begreifen sich dabei dezidiert als Gegner*innen eines „von ihnen als omnipotent beschriebenen Feminismus“. Sie propagieren im Kontext familien-, geschlechter- und sexualitätsbezogener Themen, wie z. B. gendersensibles Sprechen, gleichgeschlechtliche Ehe, Pluralisierung sexueller Lebensformen oder einer Vielfalt geschlechtlichen Empfindens, heteronormative Vorstellungen als allgemein bindend (Lang/Peters 2018: 17).

Aus der *Identitären Bewegung* (IB) gab es zahlreiche Projekte und Aktivitäten, bei denen vor allem Frauen öffentlich gegen feministische Perspektiven und Forderungen auftraten (Ayyadi 2021). Hierzu zählten beispielsweise *Radikal Feminin* sowie die Kampagne *120 Dezibel*, die beide Videoformate zur Verbreitung ihrer Botschaften – u. a. auf *Youtube* – nutzten. Das von *Radikal Feminin* verbreitete Video mit dem Titel *Frauen gegen Genderwahn* (2017/2018) verbreitete u. a. die Erzählung, dass Frauen so manipuliert würden, dass sie die eigene Berufstätigkeit der Gründung einer eigenen Familie vorziehen. Martin Sellner sieht im Feminismus einen ‚liberalistischen Trick‘, der Frauen – letztlich vielfach gegen deren Willen – unter Verweis auf Gleichberechtigung in den Beruf dränge. Im Video *Frauen wehrt euch! 120 Dezibel #120db* (2018) stellen elf verschiedene Frauen aus dem Kontext der IB Fälle von (sexualisierter) Gewalt gegen Frauen vor (Sorce/Renz 2022), in denen als Täter bzw. Tatverdächtige ausschließlich Männer mit Flucht- oder Migrationsgeschichte benannt

werden. Feministischen Strukturen wird dabei vorgeworfen, sie würden diesen Zusammenhang dethematisieren und seien daher als Stimme unglaubwürdig.

Das *Compact*-Magazin hat in mehreren Beiträgen sexualisierte Gewalt zum Thema gemacht, darunter auch schwerste Fälle von Missbrauch und Miss-handlung wie etwa in Lügde (Landtag Nordrhein-Westfalen 2022). Das soziale Problem wird jedoch nicht hinsichtlich seiner Ursachen behandelt, sondern zum Eliten-Problem erklärt, um damit Verschwörungserzählungen wie bspw. *Pizzagate* oder *QAnon* (Cosentino 2020, S. 61–73; Bleakley 2021) zu bedienen (z. B. Pföhringer 2020a, 2020b).

Sexualaufklärung an Schulen wird als ‚Frühsexualisierung‘ denunziert, so dass man sich selbst als Vertreter des Kindeswohls darstellt. An anderer Stelle wird von einer mächtigen ‚Regenbogen-Lobby‘ phantasiert, die von der politischen Linken über die Wirtschaftseliten bis hin zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk reiche (Pföhringer 2021); dabei wird die Einführung erster Sendeformate zu queerem Leben in der Amtszeit der (Anfang August 2022 zurückgetretenen) Intendantin des Rundfunks Berlin Brandenburg, Patricia Schlesinger, mit dem Verdacht der persönlichen Bereicherung kurzgeschlossen (Fischer/Reimer 2022). In den Beiträgen wird mit hetzerischen Vokabeln wie „fleißigste Umerzieherin“ (ebd.) oder – mit Blick auf die Kritiker*innen des sexistischen Liedes „Layla“ – „Wokeness-Taliban“ (Meissner 2022b) nicht gespart. Zur EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen heißt es, sie sei „zur Propaganda-Dreckschleuder der Regenbogen-Ideologie“ geworden, die „in der Fixierung auf Feminismus, Homo- und Transsexualität dem Kult der Androgynität als Ausdruck einer neuen Ganzheitlichkeit“ huldige, „die erleuchtete („woke“) Eliten als Welterlösungskonzept eines neuen Zeitalters feiern“ würden. Auf diesem Wege gehe es darum, „das christliche Fundament Europas [zu] zertrümmern“ (Mehrens 2022).

Dass in den letzten Jahren in der deutschen Gesellschaft das Verständnis für queere Perspektiven und Lebensweisen zumindest ein wenig zugenommen hat, ist der metapolitischen extremen Rechten zufolge eine Facette des Niedergangs sogenannter westlicher Gesellschaften und Ausdruck einer vermeintlich liberali-

stischen Zerstörung einer als naturgegeben betrachteten sozialen Ordnung, in der heteronormative Geschlechter- und Familienmodelle als grundlegend gelten.

Die Covid-19-Pandemie als ‚Great Reset‘-Erzählung

Seitens der metapolitischen extremen Rechten wurde der pandemische Charakter von Covid-19 vielfach geleugnet. Man sprach von einer „fiktionalen Epidemie“ (Hoof 2021), von einer „Inszenierung“ und einer „beleidigend plumpen Maskerade“ (Lichtmesz 2021b). IfS-Mitbegründer Götz Kubitschek behauptete, man habe „deren tödliche Bedrohlichkeit [...] den Menschen einreden, [...] einimpfen“ (Kubitschek 2022) müssen. Die Maßnahmen der Regierungen auf Bundes- und Länderebene wurden als „totalitäre Verschärfungen“ (Lichtmesz 2021a) und als „Verbrechen“ (Kubitschek 2021) bezeichnet. Als eigentlichen Grund für die staatlichen Maßnahmen, inklusive der Impfkampagne, behauptete man, dass der Staat dies zur umfassenden Kontrolle der Bevölkerung nutze und globale Eliten im Schatten der Pandemie ihre Weltherrschaftspläne (*Great Reset*) vorantreiben würden. Zu verhindern, so ein Autor in der *Sezession*, sei der „Umbau [...] zu einer diversen, individualisierten, offenen Gesellschaft“ (Wallasch 2021). In diesem Kontext dürfe man auch „Verschwörungstheorien [...] nicht rundheraus zurückweisen, sondern müssen sie kritisch prüfen. In ihnen meldet sich eine lange unterdrückte gegenrevolutionäre Geschichtsphilosophie zu Wort“ (Kisoudis 2021). Damit bewegte man sich im Tonfall der Verlautbarungen der sogenannten *Querdenker*, den maßgeblichen Akteur*innen der Proteste gegen die Maßnahmen zur Einhegung der Pandemie.

An den Straßenprotesten zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie hat sich die metapolitische extreme Rechte intensiv beteiligt. Der Wortführer der IB, Martin Sellner, appellierte an „jeden Patrioten, sich zeitweise an breiten Zweckbündnissen gegen die Virusdiktatur zu beteiligen und dafür auch Kompromisse in Kauf zu nehmen“; dabei müsse man „nicht überall mit der eigenen Fahne auftreten“ (Sellner 2020a). In der Großdemonstration in Berlin am 1. August 2020 sah er eine „zahlenmäßig relevante Protestbewegung“, die sich

um die Corona-Frage als Proxythema organisiere, aber eigentlich „patriotische Kritik am Globalismus und seiner Kontrolle der Medienwelt“ meine (Sellner 2020b). Aktivist*innen aus der IB beteiligten sich an diesen Versammlungen, zum Teil mit großflächigen Transparenten.

Auch das *Compact*-Magazin wurde bei vielen Demonstrationen zum Verkauf angeboten; darin wurde von der ‚größten Freiheitsbewegung‘ fabuliert, die Deutschland je gesehen habe. In Sonderausgaben wurden die Großdemonstrationen in Berlin sowie zentrale Aktivist*innen heroisiert. Aus der Perspektive von *EinProzent* zeigten die Versammlungen, „dass doch noch ein wenig Widerstandswille in den Deutschen steckt – egal ob in Ost oder West!“ (04.01.2022). Insbesondere mit Blick auf Sachsen hieß es: „Im Protest gegen die Corona-Maßnahmen entsteht ein neues Selbstbewusstsein der Bürger, das den Boden für die Rückeroberung der Volkssouveränität bereitet“ (20.05.2021). Dass eine allgemeine Impf-Pflicht gegen Covid-19 im ersten Halbjahr 2022 vom Bundestag nicht verabschiedet wurde, verzeichnete die extreme Rechte als „unglaubliche[n] Sieg des patriotischen Widerstands“ (07.04.2022).

Auch wenn die (metapolitische) extreme Rechte rein zahlenmäßig nur begrenzt unmittelbaren Einfluss auf die Proteste nehmen konnte, so war sie doch vielfach sichtbar und hat neues Publikum interessieren können. Sie ist – quasi in Fortsetzung der migrationsfeindlichen Proteste 2014 ff. – selbstverständlicher Teil des Protestgeschehens geworden. Kontakte und Kooperationen, die sich im Zuge des pandemieleugnenden und verschwörungserzählend ausgerichteten Covid-19-Protestzyklus entwickelt haben, bilden nun die Struktur, die man für die weitere Bekämpfung demokratischer Strukturen und Prozesse nutzen möchte. Sichtbar wurde dies beispielsweise beim *Compact*-Sommerfest, das Ende August 2022 stattfand.

Klimawandel und Krieg

Der menschengemachte Klimawandel wird vielfach bestritten. So behauptet Hoof (2021), dass es nur einen „rein konstruierten Anstieg der Oberflächen-

temperatur“ gebe. Die Maßnahmen zur Reduzierung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe und anderer endlicher Ressourcen werden nicht nur als unnötig markiert, sondern auch als Angriff auf Deutschland, insbesondere in seiner Eigenschaft als Industriestandort. Die von der Regierung durchgesetzten Entscheidungen würden aufgrund der für die Realisierung erforderlichen hohen Kosten zu Wettbewerbsnachteilen und in Folge zu Unternehmenspleiten und zur Deindustrialisierung des Landes führen. Zudem führe die Klimawende-Politik zu hohen Kosten für Verbraucher*innen, die nicht von allen aufzubringen seien (Lichtmesz 2022).

Zur Durchsetzung der Bekämpfung des Klimawandels bedürfe es, so Martin Lichtmesz, der der IB verbunden ist, „einer radikalen grünen Diktatur“, da innerhalb liberal-demokratischer Bedingungen ein solche weitreichende Veränderung nicht leistbar wäre (Lichtmesz 2022b). Nicht zufällig sind die Partei *Bündnis 90/Die Grünen* und Klimaaktivist*innen seit einiger Zeit die zentralen Feindbilder der (metapolitischen) extremen Rechten. Insbesondere seit der Übernahme zentraler Regierungsämter durch Robert Habeck – auf dem Titelblatt des *Compact*-Magazins als „[d]er Kaltmacher“ attackiert (8/2022) – und Annalena Baerbock, sind diese Gegenstand scharfer Angriffe und Pöbeleien. Das Engagement von Klimaaktivist*innen, wie Andreas Malm und Luisa Neubauer („verwöhnter, reicher Teenager, der im Körper einer Erwachsenen gefangen ist“) (Lichtmesz 2022a), wird moralisch abgewertet und als terroristisch deklariert (Lichtmesz 2022b).

Die Politik der Bundesregierung, nach dem Überfall der russischen Armee auf die Ukraine ein größeres Maß an Energiesicherheit und -unabhängigkeit herzustellen, wird im Grundsatz abgelehnt, weil die mit der Boykottpolitik absehbar verbundenen Belastungen für die Wirtschaft wie die Bevölkerung zu hoch seien. Neben einer stärkeren Nutzung der Nuklearenergie, wird auch eine Ende des Boykotts sowie die Öffnung der Pipeline *Nordstream 2* gefordert. Ende August 2022 drangen etwa 15 verummte Aktivist*innen der *Identitären Bewegung* auf das Gelände des Terminals in Lubmin in Mecklenburg-Vorpommern vor. Man fordere zudem ein Referendum zur Energie- und Sanktionspolitik der Bundesrepublik, so Sellner (vgl. Merz 2022).

In der Umsetzung ist eine solche Aktion der Versuch, mediale Resonanz und Gefolgschaft zu erzeugen; in der Sache versucht die metapolitische Rechte politische Orientierung zu geben und Menschen niedrigschwellig zur Unterstützung der eigenen Aktionen zu mobilisieren. Monatelang hat auch die metapolitische extreme Rechte das Aufziehen eines ‚heißen Herbstes‘ herbeigesehnt – in der Erwartung, eine Massenbewegung werde sich angesichts von Inflation, Preissteigerungen bei Strom und Gas sowie unsicheren Zukunftsaussichten erheben (*EinProzent* Blog 25.07.2022, 04.08.2022, 19.08.2022). Frohlockend wurden Umfragen zitiert, wonach sich 44 Prozent der Befragten vorstellen könnten, auf die Straße zu gehen (25.07.2022).

Tatsächlich haben insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern seit dem Sommer 2022 an vielen Orten entsprechende Demonstrationen stattgefunden – immer wieder auch unter maßgeblicher Beteiligung und organisatorisch verantwortet von extrem rechten Akteur*innen – darunter auch jene des metapolitischen Ansatzes. Bis Ende 2022 ist jedoch ein flächendeckender Aufruhr ausgeblieben. Entsprechend bilanzierte Sellner in seiner monatlichen Kolumne im *Compact*-Magazin: „Wo bleiben die Massen auf der Straße? In einer letzten Kolumne schrieb ich vom ‚Gas als revolutionärem Objekt‘. Ich sah ein gigantisches Mobilisierungspotential in der Vereinigung der ‚Pegida- und Corona-veteranen‘ mit einer neuen Welle sozialer Proteste. Stand Anfang Oktober sieht es aber so aus, als würden derzeit nur die besagten idealistischen Veteranen auf die Straße gehen“ (Sellner 2022b). Als mögliche Gründe nennt er das Fehlen eines klaren Symbols, was die Mobilisierung erschwere (die Öffnung von *Nordstream 2* sei nach deren Beschädigung dafür nicht mehr tauglich), die Fokussierung vieler Menschen auf die private Absicherung (‚Prepping‘) sowie die Ungleichzeitigkeit der aktuellen Krise, wonach – anders als beim ‚Maskenzwang‘ – die Auswirkungen unterschiedlich rasch und tief in das Leben der Betroffenen kämen. Trost findet Sellner in historischen Bezügen. Die Jahre nach der Weltwirtschaftskrise 1929 hätten auch keine unmittelbare Protestwelle ausgelöst, aber weltweit sei es zu massiven Spannungen und politischen Umwälzungen gekommen: „Das kommt auch auf Deutschland zu [...] Jetzt gilt es, auch bei ausbleibender Quantität die Qualität der Proteste hochzuhalten und nicht die Geduld zu verlieren“ (ebd.).

Zwar zeigen sich in Befragungen zahlenmäßig relevante Teile der Bevölkerung, davon deutlich mehr in Ostdeutschland, skeptisch bis ablehnend gegenüber (weiteren) Sanktionen gegen Russland, doch bedeute dies keineswegs notwendig eine offene Unterstützung Putins, wie sie insbesondere vom *Compact*-Magazin gezeigt wird, u. a. in einem Sonderheft, das ausschließlich aus Putin-Reden zusammengestellt wurde. In der Ausgabe des *Compact*-Magazins vom November 2022 beklagt dessen Herausgeber Jürgen Elsässer (2022) eine angebliche ‚Amerikanisierung der Rechten‘ und fordert von der AfD einen entschieden antiamerikanischen Kurs. Götz Kubitschek vom IfS hingegen empfahl, sich mit keiner der unmittelbaren Kriegsparteien gemein zu machen.

Unabhängig von der aktuellen Positionierung findet das reaktionäre Putin-Regime vielfach Sympathien auch bei der metapolitischen extremen Rechten – wegen seines autoritären Charakters und einer anti-emanzipativen Politik in vielen gesellschaftlichen Bereichen, z. B. bei der institutionellen Diskriminierung und strafrechtlichen Verfolgung von queeren Menschen. Weltpolitisch schließlich sehen große Teile der extremen Rechten in (einem wirtschaftlich und militärisch) wieder erstarkten Russland einen Bündnispartner für den machtpolitischen Aufstieg Deutschlands, der gegen die USA durchgesetzt werden soll (Virchow 2006: 166–181; 199–208).

Über die Metapolitik hinaus?!

Weite Teile der extremen Rechten nehmen die Gesellschaft dauerhaft als krisenhaft wahr. Die von ihnen selbst favorisierte soziale und politische Ordnung baut auf der Annahme biologisch begründeter Ungleichheit und Ungleichwertigkeit auf. Diese ist mit der nach dem Ende des deutschen Faschismus einsetzenden Liberalisierung und Demokratisierung sowie den gesellschaftlichen Emanzipationsprozessen nachhaltig in Frage gestellt worden. Zu dieser Krisenwahrnehmung treten die realen Krisen (Ökonomie, Klima, Krieg, Migrationsregime, ...) hinzu, die von der extremen Rechten zugleich als Chance begriffen werden, gegen die liberalisierte Gesellschaft zu mobilisieren.

Verfolgt man die Strategievorschläge metapolitischer Akteur*innen der extremen Rechten, wie von der Unzufriedenheit in der Bevölkerung und dem Vertrauensverlust gegenüber Institutionen und Prozessen der Demokratie sowie den regierenden Parteien zu profitieren sei bzw. wie die multiplen Krisen zu einer politischen Systemkrise radikalisiert werden kann, so lassen sich Kontinuitäten, aber auch rasch wechselnde Konzepte finden. Mal wird favorisiert, im Rahmen von Volksbegehren zu Themen wie Asyl und Migration auf Ebene von Bundesländern breite Unterstützung zu mobilisieren und damit Druck auf konservative politische Kräfte zu machen. Mal wird vorgeschlagen, die eigenen Kräfte auf zentrale Regionen in ostdeutschen Bundesländern zu konzentrieren. Sellner (2021a) schlug entsprechend eine „Sammlungsstrategie“ vor: um der „Überfremdung“ und dem „Bevölkerungsaustausch“ entgegenzuwirken sowie Mobilisierungspotenzial dagegen zu sammeln, brauche es die „Sammlung und Konzentration aller verbliebenen Ressourcen in einer bestimmten Region, um dort die entsprechenden Mehrheits- und Synergieeffekte zu erzielen“ (Sellner 2021b). Dies müsse vom gesamten rechten Lager gemeinsam und arbeitsteilig propagiert werden und sei nur durch „öffentlichen Widerstand wie Demos, Aktionismus und Wahlkämpfe[n]“ durchsetzbar (Sellner ebd.). Diese ‚Sammlungsgebiete‘ bildeten „ein anderes, eigentliches Deutschland, in dem Deutsche, die es bleiben wollen, jene umfassende Parallelstrukturen aufbauen“ (Sellner ebd.), d.h. ein eigenes Schulsystem, eine eigene Kulturpolitik, eigene Wirtschaftsstrukturen und eigene Sicherheitskonzepte. Auch wenn in jüngster Zeit tatsächlich manche Kader der extremen Rechten von West- nach Ostdeutschland verzogen sind und etwa die Zahl der völkischen Siedlungen langsam, aber stetig zunimmt, so übersteigt ein solches Konzept doch deutlich die realen Möglichkeiten der extremen Rechten.

Die insbesondere vom *Compact*-Magazin verfolgte Strategie einer Querfront, also einer Zusammenarbeit mit der politischen Linken, wird fortgesetzt; zwar schielt man immer wieder auf Sahra Wagenknecht, die wohlwollend als „Querdenkerin“ (Mehrens 2021) bezeichnet wird, und fragt mit Blick auf die Proteste gegen die unzureichende Absicherung der einkommensschwachen Haushalte gegenüber Inflation und steigenden Energiekosten, „ob die Linke doch noch querfront-tauglich wird?“ (Meissner 2022a), echte Resonanz haben diese Versuche bisher nicht erzeugt.

Erfolge hat die extreme Rechte unter Beteiligung ihrer metapolitischen Strukturen bei der Überwindung der ‚Distanzeritis‘ gemacht. Ob mit der AfD, der extrem rechten Partei *Freie Sachsen*, die vom *Compact*-Magazin positiv gewürdigt wird, oder den zahlreichen Strukturen, die aus den pandemieleugnenden Protesten hervorgegangen sind – Kontakt, Austausch und arbeitsteiliges Vorgehen lassen sich an vielen Orten beobachten. Betrachtet man die Selbstverortungen einzelner Akteur*innen der metapolitischen extremen Rechten, so sieht sich das *Compact*-Magazin vielfach in der Rolle des spektrenübergreifenden Organs „für Wahrheitshungrige“ (Pfählinger 2022). Das IfS erhebt „den Anspruch ein geistiges Gravitationszentrum zu sein“ (Lehnert 2021). Auf dem Blog von *Ein-Prozent* finden sich zahlreiche Hinweise zu Klagen gegen Behördenbeschlüsse, zur Durchführung von Petitionen und zur Intervention auf der kommunalen Ebene sowie zu anti-antifaschistischen Aktivitäten und juristischem Vorgehen gegen Nachrichtendienste.

Auch wenn Sellners Konzept eines arbeitsteiligen Vorgehens entlang der fünf Bereiche Partei, Bewegung, Gegenöffentlichkeit, Gegenkultur und Theoriebildung immer wieder auch in Frage gestellt wird und Rückschläge zu verzeichnen hat (z. B. aufgrund begrenzter Ressourcen oder narzisstischer Figuren), so muss doch von Fortschritten in der arbeitsteiligen Abstimmung und Vernetzung relevanter Akteur*innen der extremen Rechten gesprochen werden.

In den politischen Interventionen zeigt sich, dass metapolitisches Auftreten nicht notwendig bedeutet, sich von den konkreten Protesten in den Städten und den ländlichen Regionen fernzuhalten. Im Gegenteil lässt sich begründet annehmen, dass erst die Teilnahme an und ggfs. Organisation von Protesten den Akteur*innen die notwendige Glaubwürdigkeit gibt; schließlich möchte man sich nicht nur verbal vom ‚satten und feigen konservativen Bürgertum‘ abgrenzen. Und wer sich nicht auf der Straße zeigt, wird möglicherweise den Anschluss an das „handfeste[.] Kampfpotenzial[.] auf der Straße“, das sich laut Sellner in den letzten sieben Jahre gezeigt habe (Sellner 2022a), verpassen. ▲

QUELLEN UND LITERATUR

Quellen

Alt, Dirk (2021): Ohnmacht und Phantasie (1. Februar).

Online unter <https://sezession.de/65038/ohnmacht-und-phantasie>
(letzter Abruf 17.10.2022).

Camus, Renaud (2011): Le Grand Remplacement. Paris: David Reinharc Éditions.

Elsässer, Jürgen (2022): Die Amerikanisierung der Rechten. *Compact* 11/2022, S. 3.

Fischer, Erika & Reimer, Lucia (2022): GEZ-Skandal: Justiz schützt rbb-Intendantin vor Klage (30. Juli). Online unter <https://www.compact-online.de/das-letzte-justiz-nimmt-gez-skandalnudel-schlesinger-gegen-afd-klage-in-schutz/>
(letzter Abruf 17.10.2022).

Hoof, Thomas (2021): In zehn oder in hundert Jahren (1. Februar).

Online unter <https://sezession.de/64852/in-zehn-oder-in-hundert-jahren>
(letzter Abruf 17.10.2022).

Kisoudis, Dimitrios (2021): Der Globalismus – Terreur und Terroir (1. Februar).

Online unter <https://sezession.de/64853/der-globalismus-terreur-und-terroir>
(letzter Abruf 17.10.2022).

Kubitschek, Götz (2021): Abschnürung (1. April). Online unter

<https://sezession.de/65285/abschnuerung> (letzter Abruf 17.10.2022):

Kubitschek, Götz (2022): Spektakel und Sommerfest (8. August). Online unter

<https://sezession.de/66213/sommerfest-oder-spektakel> (letzter Abruf 17.10.2022).

Lehnert, Erik (2021): VS und IfS – Erik Lehnert im Gespräch (6. Oktober). Online unter

<https://sezession.de/64865/vs-und-ifs-erik-lehnert-im-gespraech?hilit=akademie>
(letzter Abruf 17.10.2022).

Lichtmesz, Martin (2021a): 100 (1. Februar).

Online unter <https://sezession.de/64835/100> (letzter Abruf 17.10.2022).

Lichtmesz, Martin (2021b): Wien, Virus, Wir (1. April).

Online unter <https://sezession.de/65290/wien-virus-wir> (letzter Abruf 17.10.2022).

Lichtmesz, Martin (2022a): Ökoterrorismus (1/4): Luisa Neubauer (20. Juni).
<https://sezession.de/65983/oekoterrorismus-1-3-luisa-neubauer>
 (letzter Abruf 17.10.2022).

Lichtmesz, Martin (2022b): Ökoterrorismus (2/4): Andreas Malm (21. Juni).
 Online unter <https://sezession.de/65994/oekoterrorismus-2-3-andreas-malm>
 (letzter Abruf 17.10.2022).

Mehrens, Phil (2021): Geliebt und gehasst: Björn Höcke und Sahra Wagenknecht – Teil 1
 (5. Juni). Online unter <https://www.compact-online.de/geliebt-und-gehasst-bjoern-hoecke-und-sahra-wagenknecht-teil-1/> (letzter Abruf 17.10.2022).

Mehrens, Phil (2022): Schwule EU. Von der Leyens Regenbogen-Feldzug (1. August).
 Online unter <https://www.compact-online.de/schwule-eu-von-der-leyens-regenbogen-feldzug/> (letzter Abruf 17.10.2022).

Meissner, Karel (2022a): Energiekrise: Linken-Chef droht ebenfalls mit „heißen Herbst“ (8. August). Online unter <https://www.compact-online.de/energiekrise-linken-chef-droht-ebenfalls-mit-heissem-herbst/> (letzter Abruf 17.10.2022).

Meissner, Karel (2022b): Wegen ‚Layla‘: Revolte im GEZ-Fernsehgarten (9. August).
 Online unter <https://www.compact-online.de/wegen-layla-revolte-im-gez-fernsehgarten/> (letzter Abruf 17.10.2022).

o.V. (2022): Ticker: Aktuelle Migrationslage. Blog-Eintrag vom 13.01.2022. Online unter <https://www.einprozent.de/blog/asylfakten/ticker-aktuelle-migrationslage/2847>
 (letzter Abruf 17.10.2022).

Pföhringer, Daniell (2020a): Kinderschänder: Netzwerke der Eliten.
Compact 7/2020, S. 10–14.

Pföhringer, Daniell (2020b): Whistleblower im Wunderland. *Compact* 8/2020, S. 16–18.

Pföhringer, Daniell (2021): Die schwule Republik: Deutschland im Regenbogen-Wahn
 (25. Juli). Online unter <https://www.compact-online.de/die-schwule-republik-deutschland-im-regenbogen-wahn-2/> (letzter Abruf 17.10.2022).

Pföhringer, Daniell (2022): Skandale: So schlimm treibt's der GEZ-Funk wirklich
 (7. August). Online unter <https://www.compact-online.de/skandale-so-schlimm-treibt-der-gez-funk-wirklich/> (letzter Abruf 17.10.2022).

Sarrazin, Thilo (2010): *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen.*
 München: DVA.

Sellner, Martin (2017): *Identitär! Geschichte eines Aufbruchs.* Schnellroda: Antaios.

Sellner, Martin (2020a): Alle an einem Strang! *Compact* 6/2020, S. 65.

Sellner, Martin (2020b): Coronademos & ‚Lucke-Effekt‘ (4. August). Online unter <https://sezession.de/63203/coronademos-proythema-lucke-effekt> (letzter Abruf 17.10.2022).

Sellner, Martin (2021a): Sezession der Reconquista – nach der ‚Stunde Null‘ (21. September). Online unter <https://sezession.de/64731/sezession-oder-reconquista-nach-der-stunde-null> (letzter Abruf 17.10.2022)

Sellner, Martin (2021b): Die Strategie der Sammlung (1. Oktober). Online unter <https://sezession.de/64805/die-strategie-der-sammlung> (letzter Abruf 17.10.2022)

Sellner, Martin (2022a): Sellners Revolution __ Lenins Lektionen. *Compact* 6/2022, S. 66.

Sellner, Martin (2022b): Sellners Revolution __ der lauwarne Herbst. *Compact* 11/2022, S. 65.

Waldstein, Thor von (2015): *Metapolitik*. Schnellroda: Antaios.

Wallasch, Alexander (2021): „Wir passen aufeinander auf!“ (1. Februar). Online unter <https://sezession.de/64850/wir-passen-aufeinander-auf> (letzter Abruf 17.10.2022).

Literatur

Andrae, Jakob (2022): Antisemitismus im Compact-Magazin: eine Analyse der Diskursstränge um die Krisen der Asyl- und Migrationspolitik 2015/16 und der Covid-19 Pandemie 2020. *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 2:1, S. 110–127.

Ayyadi, Kira (2021): Rechtsextreme Inhalte schön verpackt – rechte Influencerinnen. In: Prisma (Hg.): (Un)Sichtbare Frauen. Fragestellungen und Analysen zur Kategorie Geschlecht in Präventions- und Ausstiegsarbeit. Hamburg, S. 45–54.

Bleakley, Paul (2021): Panic, pizza and mainstreaming the alt-right: A social media analysis of Pizzagate and the rise of the QAnon conspiracy. *Current Sociology*: Online First 29. Juli 2021.

Botsch, Gideon & Kopke, Christoph (2019): ‚Umvolkung‘ und ‚Volkstod‘. *Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia*. Neu-Ulm: Klemm + Oelschläger.

Bracke, Sarah & Aguilar, Luis Manuel Hernández (2020): ‚They love death as we love life‘: The ‚Muslim Question‘ and the biopolitics of replacement. *British Journal of Sociology* 71:3, S. 680–701.

Cosentino, Gabriele (2020): *Social Media and the Post-Truth World Order. The Global Dynamics of Disinformation*. Cham: Palgrave Macmillan.

Ekman, Mattias (2022): The great replacement: Strategic mainstreaming of far-right conspiracy claims. *Convergence* 28:4, S. 1127–1143.

Goetz, Judith (2021): ‚The Great Replacement‘ – Reproduction and population policies of the far right, taking the Identitarians as an example. *Journal of Diversity and Gender Studies* 8:1, S. 60–74.

Haller, Michael & Niggeschmidt, Martin (Hg.) (2012): *Der Mythos vom Niedergang der Intelligenz – Von Galton bis Sarrazin: Die Denkmuster und Denkfehler der Eugenik*. Wiesbaden: Springer VS.

Kellershohn, Helmut (2019): Umvolkung. In: Bente Gießelmann, Benjamin Kerst, Robin Richterich, Lenard Suermann & Fabian Virchow (Hg.): *Handwörterbuch rechts-extremer Kampfbegriffe*. 2. komplett überarbeitete und ergänzte Auflage. Frankfurt/Main: Wochenschau Verlag, S. 356–371.

Landtag Nordrhein-Westfalen (2022): Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 41 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen zum Vorgehen der nordrhein-westfälischen Landesregierung und der Ermittlungsbehörden sowie der Jugendämter im Fall des Verdachts des vielfachen sexualisierten Kindesmissbrauchs auf einem Campingplatz in Lügde und ggf. an anderen Orten, soweit sie im Zusammenhang stehen mit den verurteilten Sexualstraftätern V., S. und V. oder dem Missbrauchskomplex Lügde (PUA Kindesmissbrauch): Drucksache 18/19 vom 1. Juni 2022.

Lang, Juliane & Peters, Ulrich (2018): Antifeminismus in Deutschland. In: dies. (Hg.): *Antifeminismus in Bewegung*, Hamburg: Marta Press, S. 13–37.

Langebach, Martin & Raabe, Jan (2016): Die ‚Neue Rechte‘ in der Bundesrepublik. In: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hg.): *Handbuch Rechts-extremismus*. Wiesbaden: Springer, S. 561–592.

Merz, Kathrin (2022): Identitäre: Martin Sellner besetzt mit Aktivisten Terminal von Nord Stream 2. Berliner Zeitung vom 29.08.2022. Online unter <https://www.berliner-zeitung.de/news/identitaere-martin-sellner-besetzt-mit-aktivisten-nord-stream-2-terminal-li.261485> (letzter Abruf 17.10.2022):

Pfahl-Traugher, Armin (2022): *Intellektuelle Rechtsextremisten. Das Gefahrenpotenzial der Neuen Rechten*. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

Schilk, Felix (2017): *Souveränität statt Komplexität. Wie das Querfront-Magazin COMPACT die politische Legitimationskrise der Gegenwart bearbeitet*. Münster: unrast.

Schilk, Felix & Gegenfurtner, Gregor (2022): Visuelles Framing im Compact-Magazin. Ergebnisse einer quantitativen Bildtypenanalyse. *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 2:2, S. 287–312.

Sigl, Johanna, Kapitza, Katharina & Fischer, Karin (Hg.) (2021): *Facetten des Anti-feminismus. Angriffe und Eingriffe in Wissenschaft und Gesellschaft*. Hamburg: Marta Verlag.

Sorce, Giuliana & Renz, Lea (2022): Exkludierend feministisch, solidarisch rassistisch: Die ‚120 Dezibel‘-Kampagne auf YouTube. In: Giuliana Sorce, Philipp Rhein, Daniel Lehnert & Tobias Kaphegyi (Hg.): *Exkludierende Solidarität der Rechten*. Wiesbaden: Springer VS, S. 133–150.

Virchow, Fabian (2006): Gegen den Zivilismus. Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Virchow, Fabian (2007): Volks- statt Klassenbewegung. Weltanschauung und Praxeologie der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland seit 1990 am Beispiel der ‚sozialen Frage‘. In: Jürgen Hofmann & Michael Schneider (Hg.): *ArbeiterInnenbewegung und Rechtsextremismus*. Leipzig: Akademische Verlagsgesellschaft, S. 165–185.

Virchow, Fabian (2015): The Identitarian Movement: What Kind of Identity? Is It Really a Movement? In: Helga Druxes & Patricia Anne Simpson (Hg.): *Digital Media Strategies of the Far Right in Europe and the United States*. Lanham: Lexington, S. 177–190.

Virchow, Fabian (2021): ‚Brecht den roten Uni-Terror!‘ – ‚1968‘ im Visier der extremen Rechten. In: *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 1:2, S. 286–307.

Virchow, Fabian (2022): ‚Deutschland normal‘ – Die extreme Rechte will eine andere Republik. In: Wolfgang Zimmermann (Hg.): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart: Kohlhammer, S. 42–54.

Virchow, Fabian & Häusler, Alexander (2018): Vom Lob der Krise – Krisenvorstellungen und Krisenpolitik rechtsaußen. In: Jochen Roose, Franziska Scholl & Moritz Sommer (Hg.): *Europas Zivilgesellschaft in der Wirtschafts- und Finanzkrise. Protest, Resilienz und Kämpfe um Deutungshoheit*. Wiesbaden: Springer VS, S. 163–179.

Wölk, Volkmar (2020): Alter Faschismus in neuen Schläuchen? Auf den Spuren der ‚Neuen‘ Rechten: Ideologische Zeitreise von Dresden nach Italien und zurück. In: Friedrich Burschel (Hg.): *Das faschistische Jahrhundert. Neurechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus*. Berlin: Verbrecher Verlag, S. 165–227.

ÜBER PRISMA

Mit Methoden der Medienpädagogik und der politischen Bildungsarbeit werden innerhalb einer fünfjährigen Projektlaufzeit über webbasierte Zugänge und Ansprachemöglichkeiten im Feld der *Neuen Rechte* entwickelt und erprobt. Ziel des sekundär/tertiär-präventiven Modellprojektes ist das Anstoßen eines ideologischen Distanzierungsprozesses von Symphasant*innen und Akteur*innen, die sich selbst als *neurechts* bezeichnen oder die durch ihr Verhalten eine Affinität zur *Neuen Rechten* deutlich werden lassen.

Das pädagogische Konzept ist dabei nicht defizitorientiert, sondern greift die (angestrebte) habituelle Inszenierung des Adressat*innenkreises auf. Dabei werden demokratische Erklärungsansätze und nicht-rechte Narrative genutzt, um deren ideologische Inhalte aufzubrechen. Darüber hinaus ist das Projekt ansprechbar für Multiplikator*innen, die mit diesem Phänomen in Berührung kommen und es wird Handwerkszeug für die pädagogische Praxis entwickelt.

Prisma ist ein Modellprojekt des CJD Hamburg. Es wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Demokratie fördern, Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen.“ gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und im Rahmen des Landesprogramms zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus „Hamburg – Stadt mit Courage“ von der Sozialbehörde Hamburg.

Im CJD Hamburg arbeiten Vertreter*innen verschiedener Professionen und akademischer Disziplinen. Die Qualität und Effektivität der theoretisch und empirisch ausgerichteten Projektarbeit sowie der praktischen Bildungs- und Beratungsangebote und der sozialpädagogischen Maßnahmen im CJD Hamburg werden durch eine interdisziplinäre Arbeitsweise sowie durch die Kooperation in Netzwerken auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene sichergestellt.

SIGNAL GEBEN!

Um (extrem) rechte Einstellungen und Verhaltensweisen nachhaltig zu verunmöglichen, wird auf die Sozialräume, in denen sich die Adressat*innen bewegen, gesetzt. Sei es die Schule, das Jugendzentrum oder eben die unendlichen Weiten des Internets. Überall begegnen den Adressat*innen anderen Menschen mit nicht-rechten Einstellungen, die diesen Einstellungen etwas entgegensetzen können und ein wichtiger Baustein in der pädagogischen Auseinandersetzung sind. Diese Signalgeber*innen müssen für das Thema *Neue Rechte* im Kontext von Mediennutzung sensibilisiert werden und dazu eine klare demokratische Haltung haben. Dabei ergeben sich Fragen rund um das Thema des pädagogischen Umgangs mit (extrem) rechten Jugendlichen und der Mediennutzung durch (extrem) rechte Akteur*innen.

Bei Interesse oder Bedarf melden Sie sich gerne und werden Sie Teil unserer Telegram-Gruppe für Multiplikator*innen (<https://t.me/prismahamburg>).

Unsere Bildungsmaterialien, wie etwa diese Veröffentlichung als .pdf und andere Unterlagen, die für Ihren pädagogischen Arbeitsalltag spannend sein können, finden sie auf der Website www.prisma.online

Kontakt

CJD Hamburg
Glockengießerwall 3
20095 Hamburg

Tel. (040) 21118132
info@prisma.online
www.prisma.online

ANLAUFSTELLEN

Kurswechsel

Kurswechsel bietet für Menschen mit (extrem) rechten Einstellungsmustern mit und auch ohne Szenezugehörigkeit Distanzierungsförderung und Ausstiegsbegleitung an. In spezifischen Lebens- und Problemlagen leistet Kurswechsel eine individuelle und vertrauensvolle Begleitung mit entsprechenden Hilfestellungen. Dabei ist für uns in der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit zentral, sowohl die Chance auf Veränderung eines jeden Menschen anzuerkennen als auch die Möglichkeit einzuräumen, Entscheidungen zu revidieren.

www.kurswechsel-hamburg.de

Hamburger Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus

Die ca. 50 Mitglieder – staatliche und nichtstaatliche Institutionen – des Beratungsnetzwerkes beraten über wirksame Maßnahmen gegen Rechts-Extremismus, Rassismus, Antisemitismus sowie andere menschenverachtende Einstellungen und Ideologien der Ungleichwertigkeit. Es unterstützt zivilgesellschaftliches Engagement und die Entwicklung von Konzeptionen, Strukturen und Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus. Das BNW tagt mindestens viermal im Jahr sowie anlassbezogen. Koordiniert wird das BNW von der Johann Daniel Lawaetz-Stiftung.

www.beratungsnetzwerk.hamburg

Nordverbund Ausstieg Rechts

Die Ausstiegsberatungen der Länder Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein bilden ein Netzwerk der regionalen Zusammenarbeit.

www.nordverbund-ausstieg.de

